

„Aspekte des neuen Rechtsradikalismus“

Diskussionsveranstaltung zu Adorno, Frankfurt/M., 13. August 2019

„Aspekte des neuen Rechtsradikalismus“ war der Titel eines Wiener Vortrags Th. W. Adornos aus dem Jahre 1967, den der Suhrkamp Verlag jetzt zum 50. Todestag Adornos veröffentlicht hat.¹ Und es war auch der Titel einer Podiumsdiskussion des Dezernats Kultur und Wissenschaft, zu der die Frankfurter Kulturdezernentin Ina Hartwig am 13. August 2019 in die Evangelische Akademie Frankfurt am Römerberg eingeladen hatte, um „einen Blick auf die Aktualität Adornos zu werfen“. Es diskutierten *Prof. Dr. Nicole Deitelhoff* (Uni Frankfurt, Vorstandsmitglied der Hess. Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung), *Prof. Dr. Michel Friedmann* (Direktor Center for Applied European Studies der Frankfurt University of Appl. Studies), *Dr. Ina Hartwig* (Dezernentin für Kultur und Wissenschaft, Frankfurt/M.) und *Prof. Dr. Axel Honneth* (Columbia University New York) unter der Moderation von *Thomas Sparr* (Suhrkamp-Verlag).

In seinem Vortrag kam Adorno zu dem Schluss, „daß die gesellschaftlichen Voraussetzungen des Faschismus nach wie vor fortbestehen.“ Dabei bezog er sich auch auf seinen früheren Vortrag von 1959 „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit“, in dem er bereits seine These zur Erklärung des Rechtsradikalismus in Deutschland formuliert hatte. So sprach er nach zehn Jahren vom „neuen Rechtsradikalismus“ der damals aufstrebenden NPD, eben weil er die gesellschaftlichen Voraussetzungen des Faschismus weiterhin als gegeben ansah. Betrachtet man die fortlaufende soziologische Analyse Adornos, so gibt es Grund genug, heute erneut die gesellschaftlichen Voraussetzungen des Rechtsradikalismus in den Blick zu nehmen. Und zu fragen, wie sich die politischen Verhältnisse verändert haben. Einerseits im Rückgriff auf die Analysen Adornos in den 60er Jahren, um nach ihrer Aktualität zu fragen, andererseits um die neuen Strategien des Rechtsradikalismus heute, aber auch des möglichen gesellschaftlichen Widerstandes dagegen aufzudecken.

In der Podiumsdiskussion würdigten die einzelnen Referenten in einem ersten Schritt die Aktualität der Schrift Adornos aus dem Jahre 1967. Die Qualität des Textes, so die Auffassung allgemein, liege in Adornos Aufruf zur politischen Intervention und darüber hinaus im Appell zur Erziehung zur Mündigkeit. Aktuell seien immer noch seine Warnung vor den Manipulationsmechanismen rechtsradikaler Organisationen und seine kulturkritische Aufforderung, dass die Gesellschaft kein Zuschauer-Verhältnis dazu aufbauen dürfe. Gerade weil die Tagespolitik für ihn eher am Rande lag, sei es umso beachtlicher, dass er in diesem Text geradezu zur Intervention aufrief.

Auch uns Heutigen könne der Text helfen, gegen den weltweiten Rechtspopu-

¹ Theodor W. Adorno, Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Ein Vortrag. Mit einem Nachwort von Volker Weiß, Berlin 2019.

lismus Widerstand zu leisten. Wie in den sechziger Jahren betrieben die Rechten Politik mit der Angst, der Angst vor sozialem Abstieg, vor den Konsequenzen der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen oder vor überstaatlichen Organisationen (bei Adorno noch EWG, heute EU). Gegenüber den möglichen Anhängern der rechtsradikalen Partei müsse man immer wieder die Konsequenzen der Politik dieser Partei vor Augen führen und auch auf die inneren Widersprüche dieser Politik.

Andererseits verwiesen die verschiedenen Diskutanten auch immer wieder auf die Veränderung des zeithistorischen Tableaus seit den 60er Jahren. Man könne Adornos Ratschläge aufnehmen, müsse sie aber auf heute hin modifizieren. Die von Adorno aufgeführten Strategien der Aufklärung gegen Unvernunft, die zu Adornos ureigensten zählten, verflüchtigten sich doch im Laufe der politischen und kulturellen Veränderung seit den 60er Jahren immer mehr. Die Annahme, man könne heute noch ebenso wie damals mit der Kraft der Vernunft, mit der unideologischen Wahrheit, das „sachlich Falsche“, das „Unwahre“ bekämpfen, wurde in den Beiträgen in Zweifel gezogen. So zeige sich in den heutigen Auseinandersetzungen mit der AfD, dass man mit denen, die die Unvernunft und den Irrationalismus vertreten, kaum „vernünftig“ streiten könne.

Michel Friedmann gab Adornos Kritik eine neue Schärfe, indem er die Frage aufwarf, was wir bisher im Umgang mit dem Rechtsradikalismus falsch gemacht haben. Er beklagte die jahrzehntelangen Unterlassungen in politischen, kulturellen und juristischen Bereichen. Die derzeit größte Oppositionspartei, die AfD, sei keine qualitative noch quantitative neue Erscheinung, vielmehr hätten sich deren Haltungsmaximen in der Vergangenheit gebildet, in der der Rechtsradikalismus und der Rechtspopulismus als allzu harmlos eingestuft wurden. Im Weiteren sei zu ergründen, weshalb sich Menschen von der Demokratie abwenden und wieso zu rechten politischen Positionen nun der Rassismus hinzukomme. Wieso in der Anhängerschaft neben den autoritären Ideen das Absprechen der Würde des Einzelnen, das Bezweifeln von Gleichheit und gleichen Rechten und das Aufflammen des Hasses sich verbreiten. Als Gegenmittel gegen diese geistige Brandstiftung plädierte Friedmann für eine Streitkultur, in der die Argumentationen der Rechten auseinander genommen werden könnten.

Die Frage, ob man die Debatte mit Populisten eher vermeiden solle, um sie nicht noch über Gebühr aufzuwerten, oder die Debatte doch führen müsse, da man ihnen die Vernunft nicht grundsätzlich absprechen könne, blieb in dieser Allgemeinheit letztlich unbeantwortbar. In jedem Fall seien die neuen Bedingungen der Vermittlung zu bedenken, wobei das Internet und die sozialen Medien einschließlich anonymer Meinungsverbreitungen immer wichtiger würden.

Auch heute, unter historisch veränderten Bedingungen, geht es letztlich darum, gegen einen rückwärtsgewandten Autoritarismus die Kraft der Vernunft einzusetzen. Am Schluss seines Vortrags in Wien 1967 stellte Adorno mit bleibender Geltung fest: „Wie diese Dinge weitergehen und die Verantwortung dafür, wie sie weitergehen, das ist in letzter Instanz an uns.“

Angela Federlein / Gunzelin Schmid-Noerr

„Arbeiten auf dem Land: AkteurInnen, Gesellschaften und Umwelten“

55. ITH-Konferenz in Linz, 5. bis 7. September 2019

Die 55. ITH-Konferenz in Linz, die sich dieses Mal dem Arbeiten auf dem Land mit all seinen Rahmenbedingungen und Folgewirkungen und sozialen Verwerfungen widmete, wurde im Vorfeld von der Frage überschattet, ob dieser so traditionsreichen Veranstaltung noch eine Zukunft beschieden sei, und wenn ja, welche. Der Vorstand unter der Leitung der ITH-Präsidentin Prof. Dr. Susan Zimmermann hatte einige Szenarien erarbeitet, die nach der vorstandsinternen Diskussion der Generalversammlung vorgelegt wurden. Nach einer intensiven Diskussion ist die Zukunft der ITH nun durch das Hinzutreten der Arbeiterkammer Wien in den Trägerkreis erst einmal gesichert. Zukünftig werden sich Linz und Wien bei der Durchführung abwechseln, bei Bedarf kann die ITH ausgelagert werden, wenn eines der Mitgliedsinstitute die Initiative ergreift und sich die Durchführung entsprechend anbietet. Erleichtert nahm die Generalversammlung diesen Vorschlag bei wenigen Enthaltungen an. Die 56. Konferenz zum Thema „Das Kapital, Migration und die Linke“ wird voraussichtlich vom 24.-26. September 2020 in Linz und damit im „Jägermayrhof“ stattfinden, der „Call for Papers“ ist ausgeschrieben. Damit wird ein aktueller politischer Diskurs mit dem Ziel eines gemeinsamen linken Wissenstransfers aufgegriffen.

Die 55. Konferenz eröffnete die ITH-Präsidentin *Susan Zimmermann*, die Grußworte richteten *Franz Molterer* (AK Oberösterreich) und *Claudia Hahn* (Gemeinderätin der Stadt Linz/SPÖ) an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, deren Zahl dieses Mal etwas geringer ausfiel. So fehlten neben vielen Kolleginnen und Kollegen aus Ost- und Ostmitteleuropa auch die sonst zahlreichen Vertreter aus skandinavischen Ländern und auch aus Deutschland. Agrargeschichte, Landarbeiter*Innenbewegung und Soziologie der Landwirtschaft scheinen sich nicht überall eines angemessenen wissenschaftlichen Interesses zu erfreuen, was angesichts der in den Vorträgen zum Ausdruck gebrachten Problemlagen für die Betroffenen wie Lohnbetrug, Sozialbetrug und schrankenloser Ausbeutung sicher nötig ist. Blickt man des Sommers über die Äcker in EU-Europa und anderswo, ergibt sich die Problemlage der Ausbeutung durch unterbezahlte Saisonarbeit und neofeudale Arbeitsbedingungen eigentlich ganz von selbst.

Waren die letzten beiden Konferenzen thematisch häufig etwas zerfasert, so hatte das Vorbereitungskomitee, dem auch das „Institut für Geschichte des ländlichen Raumes“ in St. Pölten angehörte, die Panels nun recht bündig zusammengestellt. Den einführenden Grundlagenvortrag steuerte *Thijs Lambrecht* von der Universität Gent (Belgien) mit dem Thema „Gemeinsamkeiten und Verschiedenheiten: Die Regulierung ländlicher Arbeit in Europa, ca. 1250-ca. 1900“ bei und lieferte eine eindrucksvolle Fundierung für die folgenden Vorträge und Diskussionen. So benannte er als historische Zäsuren, die grundlegende Veränderungen der Arbeitsregime auf dem Land nach sich zogen, die Pestwelle um

1350, das lange Jahrhundert zwischen Reformation/Bauernkrieg und Westfälischem Frieden und die Französische Revolution. Mussten die Herrschenden nach der Pest den Bauern und der Landbevölkerung Zugeständnisse machen, so zogen sie nach 1550 die Zügel wieder deutlich an, verschärften den Gesindezwang und die Polizeiordnungen etc., um nach 1789 infolge der bürgerlichen Revolutionen schließlich die Abschaffung der Hörigkeit usw. hinzunehmen. Die reaktionäre Ausnahme bildete, so schloss *Holger Czitrich-Stahl* am Freitag an Th. Lambrecht an, vor allem Preußen. Sein Thema lautete „Die bunte Welt des preußischen Gutshofs und der Sozialismus: Arbeitsverhältnisse, Agrarfrage und Organisationspolitik von Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung vor der deutschen Revolution 1918/19“. Auf ihn folgten *Jessica Richter* (St. Pölten), die über die staatlichen Interventionen in die Landarbeit in Österreich mit dem Ziel der Arbeitsbeschaffung zwischen 1918 und 1939 sprach, und *Martin Schröder* (Halle-Wittenberg), dessen Thema die Agrarreformen und die Entstehung eines staatlichen Eingreifens in die Agrarsphäre in Venezuela war. Dabei wurden auch aktuelle ökonomische Basisprobleme dieses an sich reichen Landes deutlich, in dem auch heute so gut wie kein Kataster existiert, Besitzverhältnisse zwischen Staats- und Privateigentum also oft diffus bleiben.

Das zweite Panel untersuchte ländliche Arbeitsmärkte. Hier referierten *Peter Woodley* (Canberra/Australien) über die Klassenkämpfe zwischen Farmern und Landarbeitern zwischen 1880 und 1930 sowie über die gewerkschaftlichen Organisationsbestrebungen, *Tina Bopp* (Basel) über die Schicksale und die Rechtlosigkeit von Saisonarbeitern auf dem Land, vor allem aus Moldawien, sowie *Janina Puder* (Jena) über die Arbeitsbedingungen auf den Palmölplantagen, die gleichermaßen malaiische wie indonesische Landarbeiter betreffen, die aber einen völlig verschiedenen Rechtsstatus besitzen, was besonders die indonesischen Landarbeiter extrem benachteiligt. Hier wurde die Schnittstelle zwischen Ausbeutung und Rassismus deutlich sichtbar.

„Güterketten“ standen im Blickpunkt des dritten Panels. *Rolf Bauer* (Wien) sprach über den britischen kolonialen Opiumanbau in Südindien, *Elise van Nederveen-Meerkerk* (Utrecht) über die unbekannte, aber bemerkenswerte Rolle der Landarbeiterinnen auf Java im 19. Jahrhundert zur niederländischen Kolonialzeit, *Ernst Langthaler* (Linz) erläuterte die Schritte des Eindringens kapitalistischer Produktionsweisen in die Landwirtschaft, indem er den Bogen von traditioneller Anbauweise (China nach 1900) über die USA nach 1945 bis zu Brasilien heute schlug. Den letzten Block bildeten *Juri Auderset* und *Peter Moser* (Bern) sowie *Majda Cernic Istenic* (Ljubljana), die sich vor allem den Einsatz von Tieren, Motoren/Maschinen und dem Umgang mit Arbeitsunfällen widmeten. Den passenden Tagesabschluss bildete eine Podiumsveranstaltung mit drei Aktivistinnen aus Gewerkschaften und NGOs, die sich dem Kampf gegen den Sozial- und Lohnbetrug an vorwiegend aus Osteuropa, der Ukraine und Moldawien, der nicht nur in Österreich praktiziert wird, sondern auch auf deutschen Äckern stattfindet, verschrieben haben. Hier wurde nachdrücklich die politische Perspektive der Konferenz und ihres Themenkreises verdeutlicht. Der Sonnabend als Schlußtag befasste sich mit historischen Beispielen von Arbeits-

beziehungen und Arbeitskämpfen im regionalen Maßstab und mit Kämpfen um die Macht und um Bodenreformen, so etwa in Peru und in Indien.

Insgesamt blieb zwar die Frage offen, inwieweit neue soziale Bündnisse mit dem Ziel grundlegender Transformationen auf klassische Klassenbündnisse nicht verzichten können, rückte aber durchaus verdientvoll die Frage der Klassenkämpfe im primären Sektor wieder etwas mehr in den Blickpunkt auch der europäischen Sichtweisen.

Holger Czitrich-Stahl

So werden Kriege gemacht

Konferenz der Hellen Panke e.V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Berlin, 5. September 2019

Der 80. Jahrestag des Überfalls von Nazideutschland auf Polen – und damit der Beginn des Zweiten Weltkrieges – jährte sich am 1. September 2019 zum 80. Mal. In der gegenwärtigen deutschen Erinnerungspolitik steht dieser Jahrestag im Schatten des 1989er Jubiläums. Umso wichtiger war es, dass der Berliner Verein „Helle Panke“ sich des Themas im Rahmen einer kleinen Konferenz angenommen hat. Die Schwerpunkte lagen thematisch bei der Politik, Aufrüstung und Diplomatie in der Zeit zwischen Versailles 1919 und Gleiwitz 1939 sowie der heutigen Gedenkkultur in internationaler Perspektive. Insbesondere die Opferrolle Polens in damaliger Realität und heutiger Selbstwahrnehmung stand im Fokus.

Martin Seckendorf (Berlin) widmete sich der Vorgeschichte, denn „für viele jüngere Leute ist der 2. Weltkrieg schon sehr weit weg“. Der Zwang zur Anerkennung Polens im Versailler Vertrag habe bereits die deutsche Rechte gestärkt. Nach 1933 betrieb die NSDAP dann eine heuchlerische Diplomatie in Bezug auf den östlichen Nachbarn: 1934 wurde eine gemeinsame Erklärung zur Friedensabsicht zwischen beiden Regierungen abgeschlossen, die deutsche Hetze gegen Polen wurde hiernach eingestellt. Durch diese Bündnispolitik wollte man einerseits Frankreichs Bündnispolitik untergraben, andererseits aber auch den Rücken frei haben für Expansionsgelüste in andere Nachbarstaaten. Warschau teilte die antibolschewistische Weltansicht Berlins, während die Nazis die polnische Regierung nur als Vasall auffassten. Ein Jahr vor Kriegsbeginn beendete Berlin dann auch die Kooperation und setzte intern bereits auf die Blitzkriegs-Strategie gegen Osten. Im Frühjahr 1939 sei schließlich die Grundsatzentscheidung zum Überfall getroffen worden. Mögliche Reaktionen anderer Regierungen auf einen solchen Angriff wurden abgeschätzt, Aufmarschpläne und die Okkupationspolitik bereits konzipiert. Als Statthalter wurden die SS und deutsche Untergrundkräfte eingeplant.

Nicht nur die polnische Regierung betrieb eine (im Nachhinein ist man natürlich schlauer) fahrlässige Diplomatie gegenüber Deutschland, auch im Westen schätzte man die Lage falsch ein. Bekanntestes Beispiel hierfür ist die britische Appeasement-Politik, der sich *Reiner Zilkenat* (*Hoppgarten*) in seinem Vortrag widmete. Als deren Grundlage habe der Antibolschewismus fungiert. Salopp

gesagt: In Hitler sah man gegenüber Stalin das kleinere Übel, und deutsche Aggressionen gegen Osten waren weiten Teilen der britischen Politik lieber als welche in Richtung Westen. Ganz abgesehen davon, dass es auch namhafte britische Politiker gab, die mehr oder weniger offen mit Hitler sympathisierten. Die Appeasement-Politik zeigte sich praktisch in Konzessionsangeboten Berlin gegenüber und blieb distanziert hinsichtlich sowjetischer Angebote zur Zusammenarbeit. Erst 1939 wurde London das Scheitern dieser Politik klar – da war es aber schon zu spät. Doch nicht nur die britische Regierung hatte sich veranrannt, sondern die gesamte Bündnispolitik kam Hitler entgegen oder wurde von seiner Administration geschickt ausgenutzt. Der Westen schaute schon weit vor Kriegsausbruch nur wie das Kaninchen auf die Schlange der deutschen Expansionspolitik zu. Auch Frankreich und Polen waren zu weitreichenden Konzessionen bereit, um nicht selbst angegriffen zu werden. Die Sowjetunion war als Bündnispartner nicht erwünscht. Stalin, der selbst auch keinen Krieg wollte, ließ sich aus taktischen Gründen mit Berlin ein und unterzeichnete den problematischen Nichtangriffsvertrag mit dem noch viel berüchtigteren Zusatzprotokoll über die Aufteilung Polens. Viele (deutsche) Kommunisten fühlten sich dadurch „nicht zur Unrecht verraten“, wie *Stefan Bollinger (Berlin)* in seinem Vortrag über die Fehler in der Bündnispolitik betonte. Stalin schlug damit jedoch zwei Fliegen mit einer Klappe: Auch die Aggressionen Japans an der möglichen zweiten Front hörten damit auf.

Von zwei Fronten war nach dem Geheimprotokoll des Nichtangriffspaktes unmittelbar Polen bedroht – ohne dies sofort zu ahnen. Denn das Zusatzprotokoll war wirklich top secret, wie *Daniela Fuchs (Berlin)* zu Beginn ihres Referats über die polnische Politik damals und heute betonte. Selbst nach Kriegsende, bei den Nürnberger Prozessen, habe es noch als Fälschung gegolten. Erst vor 30 Jahren wurde es unter Gorbatschow erstmals offiziell erwähnt und dann 1992 von russischen Historikern der Öffentlichkeit präsentiert. Das Zusatzprotokoll erleichterte den Weg zum Überfall, der von deutscher Seite aus von Beginn an als Vernichtungskrieg konzipiert war. Am 17. September 1939 erfolgte der Einmarsch sowjetischer Truppen in Polen, im Sommer 1940 dann jener ins Baltikum, das im Zusatzprotokoll der sowjetischen Einflussphäre zugeschlagen worden war. In der polnischen Erinnerungspolitik unter Jaroslaw Kaczyński von der nationalkonservativen Regierungspartei PiS spielt das Protokoll heute eine wichtige Rolle. Aggressoren gegen Polen werden im Ausland verortet, obskure polnische Patrioten glorifiziert, neue Feindbildkonstruktionen ohne Quellen und Fakten konstruiert. Antirussische Verschwörungen finden sich allerorten, Denkmale an polnisch-sowjetische Waffenbrüderschaft werden geschleift etc. Kaczyńskis durchsichtige Machtpolitik mittels Feindbildkonstruktion gegen Russland und die EU funktionieret aber an der Wahlurne. Historisch kann er sich dabei in Bezug auf Russland auf Katyn stützen, wo Stalin 4.000 polnische Offiziere ermorden ließ (insgesamt wurden ca. 25.000 umgebracht).

Polen war von Deutschland als erstes gewaltsam erobertes Objekt der Zerschlagung als Staat, der rassistischen Vernichtungspolitik und der ökonomischen Ausbeutung erkoren worden, wie *Felix Matheis (Hamburg)* in seinem Beitrag über

die Besatzungspolitik im Generalgouvernement darstellte. Dort, im schlesischen Raum, zeigten sich die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der deutschen Besatzer: Während Hitler das Gebiet rücksichtslos ausplündern und zur Mondlandschaft machen wollte, plädierte der dortige NS-Statthalter, Generalgouverneur Hans Frank, für eine wirtschaftliche Nutzung des Gebietes im Sinne der Rüstungsproduktion. Unter seiner Führung siedelten sich Einsatzfirmen aus dem norddeutschen Raum an, denen durch die Seeblockade die Handelswege über das Meer versperrt waren. Diese Firmen machten hohe Gewinne, denn Ressourcen und Arbeitskräfte waren zur rücksichtslosen Ausbeutung freigegeben. Der Referent wies abschließend noch auf einen „moralischen Skandal“ hin: Die 1944/45 zu Recht rausgeworfenen Handelskaufleute wurden später in der Bundesrepublik zu Vertriebenen erklärt und dafür entschädigt. Zur Entschädigung polnischer Zwangsarbeiter braucht man an dieser Stelle sicherlich nichts mehr zu ausführen.

Die Beiträge der Konferenz werden demnächst als Heft der *Pankower Vorträge* erscheinen und in Audioformat auf der Homepage www.helle-panke.de.

Alexander Amberger

Feminist Futures Festival

Essen, 12. bis 15. September 2019

Ausgerichtet wurde das Feminist Futures Festival von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dem Konzeptwerk Neue Ökonomie und dem Netzwerk Care Revolution. Der Tagungsort, die Zeche Zollverein, steht für die Geschichte der Ruhrindustrie und der Arbeiter*Innenbewegung. Mit Gästen aus knapp 40 Ländern und aus vielen sozialen Bewegungen war die Pluralität des Feminismus in vielen Veranstaltungen direkt erfahrbar. Allerdings hatte die Mehrheit der ca. 1.500 Teilnehmer*Innen einen akademischen Hintergrund.

Das Festival bot eine große Zahl an Veranstaltungen zu Organizing und Klassismus an. Unter anderem wurde hervorgehoben, dass man kleine Kassen für verschiedene Unterstützungsleistungen, wie Tickets oder Eintrittskarten, in seiner Struktur führen könnte. Ebenso wurde auf den Klassismus unter Akademiker*Innen hingewiesen, der wissenschaftlich häufig unterbestimmt bleibt, weil zu viele Akademiker*Innen an Umfragen zu Klassismus teilnehmen. Die Organizing-Veranstaltungen boten den Raum verschiedene Organisationsformate zu diskutieren. Insbesondere das typische ‚Plenum‘ bietet keine niedrigschwellige Organisationsmöglichkeit. Dabei spielte auch der Aspekt der Arbeitsverteilung und Partizipation eine wichtige Rolle.

Am Freitag fand ein Workshop zur Kurdischen Frauen*bewegung mit Ceni, dem kurdischen Frauenbüro für Frieden und *Ella Bremer* von der Kampagne Gemeinsam Kämpfen statt. Die Idee, in Rojava eine eigene Frauenarmee zu gründen, sei auch aus der Erfahrung entstanden, dass sich patriarchale Strukturen in der Widerstandsbewegung gezeigt hätten. Seit 1999 gebe es deswegen eine eigene Frauenpartei und wenn sich eine Frau* der Bewegung an-

schließe, werde sie Teil beider Strukturen. Die „Gineology“, d.h. die Wissenschaft der Frau, folge der These, dass Frauen ihre Geschichte selbst erforschen müssten, weil die überlieferte Geschichtsschreibung von den Herrschenden geprägt worden sei. Die feministische Kampagne „Gemeinsam Kämpfen für Selbstbestimmung und demokratische Autonomie“ sei 2017 entstanden und beziehe sich solidarisch auf die kurdische Frauenorganisation.

Aktivist*innen aus Belgien, Italien, Polen, Spanien und Deutschland berichteten auf dem Podium „Frauen*streik gegen Rechts“ von ihren Erfahrungen. Eingeführt wurde mit der These, dass es schwierig sei von „Rechtsruck“ zu sprechen, weil Sexismus, Rassismus und Ausbeutung Grundlagen des Kapitalismus sind und schon immer waren. Die Diskutantinnen* sprachen über die zunehmende Verankerung rechter Ideologien in staatlichen Strukturen. Die aus dieser Verankerung zu ziehende Konsequenz für emanzipatorische Kämpfe sei, sich als feministische Bewegung weltweit stärker zu vernetzen und die herrschaftsförmigen Spaltungen zwischen Frauen* zu überwinden. Frauen* seien keine sozial und politisch homogene Gruppe. Dennoch gehörten Frauen* zu den ersten, die unter rechter Politik zu leiden hätten; daraus entstehe der Wille, gemeinsam feministische Politik zu machen.

Bei der Veranstaltung „Das Ganze der Arbeit solidarisch gestalten“ kritisierten *Gabriele Winker* und *Matthias Neumann* vom Netzwerk Care Revolution die gesellschaftliche Sphärentrennung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit. Gerade das Ruhrgebiet sei in der Vergangenheit durch das fordistische Familien-Ernährer-Modell strukturiert worden. Winkers und Neumanns Ausführungen mündeten in der Feststellung, dass für eine feministische Zukunft die Sphärentrennung von entlohnter und nicht entlohnter Arbeit aufgelöst werden müsse. Wenn alle Arbeiten entlohnt würden, wären auch bislang unbezahlte Reproduktionsarbeiten Kostendruck und Effizienzstreben unterworfen. Das stelle also keine Lösung dar. Darum müsse die entlohnte Arbeit überwunden werden. Kein Lohn für keine Arbeit – mit dieser Utopie umreißt Care Revolution die Idee einer Gesellschaft, die im Kapitalismus nicht umsetzbar sei und notwendigerweise mit dessen Abschaffung einhergehe.

Bei der Podiumsdiskussion „Brauchen wir eine feministische Internationale“? waren sieben Feministinnen* aus unterschiedlichen Ländern vertreten. *Kerstin Wolter* (Berlin) begann mit der Gesellschaftsdiagnose, dass wir momentan mit einem autoritären Kapitalismus konfrontiert seien. Da sich die Rechten zunehmend radikalisierten, müssten auch wir als Linke im Kampf für ein gutes Leben unsere politischen Ausdrucksmittel radikalisieren. Ein Frauen*streik der produktiven und reproduktiven Arbeit treffe den Kapitalismus an seinem Dreh- und Angelpunkt – wir bräuchten also den politischen Streik. *Gülnur Elçik* (Istanbul) vertrat eindrucksvoll die These, dass in der Türkei die queere Bewegung die entschlossenste und relevanteste Bewegung gegen den Faschismus sei. Während die AKP bis 2013 versucht habe, einen moderaten Islamismus durchzusetzen, habe die Partei im Bereich Gender schon früh ihre reaktionären und faschistoiden Tendenzen offenbart. *Cinzia Arruza* (New York)

stellte das Konzept einer internationalen feministischen Solidarität ins Zentrum ihrer Ausführungen. Weil sich der Kapitalismus transnational organisiere und Allianzen zwischen Trump, Erdogan und Putin entstünden, müssten auch soziale Bewegungen transnationalisiert werden. Die Erfahrung, Teil einer globalen Bewegung zu sein, werde als stärkend wahrgenommen. Dem schloss sich *Fatou Kane* zwar an, sie betonte aber die Relevanz von regionalen Kämpfen und die Anpassung feministischer Interventionen an die lokalen Gegebenheiten. Sie schloss mit dem Plädoyer, dass trotz aller Unterschiedlichkeit viele feministische Bewegungen am 8. März ihren Ausdruck fänden und transnational zusammengeführt werden müssten.

Henrike Schellong / Fabian Korner / Alice Luva

Bezahlbarer Wohnraum für alle!

Kommunenkonferenz 2019, Frankfurt/M., 20. und 21. September 2019

Am 20. und 21. September diskutierten in Frankfurt/M. etwa 100 wohnungspolitisch Aktive über Auswege aus der anhaltenden Wohnungsmisere. Eingeladen hatten Attac, ver.di, die Rosa-Luxemburg-Stiftung, das Netzwerk Mieten & Wohnen sowie die Bündnisse #Mietenwahnsinn Hessen und Mietentscheid Frankfurt. Als Kooperationspartner beteiligte sich ferner die Heinrich-Böll-Stiftung Hessen.

Den Auftakt machte eine Podiumsdiskussion am Freitagabend, bei der zunächst *Susanne Heeg*, Professorin an der Uni Frankfurt die verschiedenen Etappen der Kommerzialisierung und Finanzialisierung des Wohnungswesens darstellte, darunter die Durchsetzung der Kapitalverkehrsfreiheit in der EU und das Auftreten neuer profitorientierter Akteure am Immobilienmarkt aufgrund von Deregulierungen. Anschließend analysierte *Sebastian Schipper*, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Uni Frankfurt, die Motive der MieterInnenproteste. Er unterschied dabei zwischen dem Kampf gegen Verdrängung und dem Kampf gegen die Neoliberalisierung des Wohnungssektors. Widerstand gegen Verdrängung sei oft nicht von Erfolg gekrönt, doch die widerständigen MieterInnen machten die Erfahrung von Solidarität und sie ermutigten andere MieterInnen, sich zur Wehr zu setzen. Politisch motivierte AktivistInnen hingegen opponierten in erster Linie gegen den neoliberalen Umbau der Wohnungswesens. Aus ihrem Widerstand entwickelten sich teils starke Bewegungen, die jedoch auf die lokale Ebene beschränkt blieben.

Der Geschäftsführer der kommunalen Hofheimer Wohnungsbau GmbH, *Norman Diehl*, betonte die unverzichtbare Rolle öffentlicher Unternehmen für die Wohnungsversorgung. Er erläuterte, dass die Wohnungsversorgung derzeit besonders für Mittelschichtsfamilien ein Problem sei, die knapp über den Einkommensgrenzen für Sozialwohnungen liegen. Bei entsprechendem politischem Willen der kommunalen Eigentümer brauche es aber nicht unbedingt neue wohnungspolitische Instrumente.

Es folgten vertiefende Analysen und Erfahrungsaustausch über politische Interventionen. Einer der Workshops widmete sich den Schwierigkeiten, die wahren EigentümerInnen von Mietshäusern zu ermitteln, da in Mietverträgen und Grundbüchern häufig nur Firmenhüllen eingetragen sind. Daneben analysierten TeilnehmerInnen die erschreckende Zunahme der Wohnungslosigkeit, die längst kein Randgruppenphänomen mehr darstelle, da durch Niedriglöhne immer mehr Menschen Mietschulden aufhäuferten, die zum Wohnungsverlust führen. Angesichts exorbitant steigender Grundstückspreise wurde auch die Frage diskutiert, wie Boden vergemeinschaftet werden könne.

Eine ganze Reihe von Workshops widmete sich der politischen Intervention. Neben grundlegenden Hilfestellungen für die Gründung von MieterInneninitiativen schilderten AktivistInnen konkrete Erfahrungen mit wohnungspolitischen BürgerInnenentscheiden aus Osnabrück und Frankfurt. In Osnabrück war die dortige Initiative zur Gründung eines kommunalen Wohnungsunternehmens erfolgreich und kämpft nun für die Umsetzung, während sich das Frankfurter BürgerInnenbegehren einer Hinhaltenaktik des Magistrats ausgesetzt sieht. Ein weiterer Workshop ging der Frage nach, wie der in Berlin diskutierte Mietendeckel ausgestaltet und auf andere Bundesländer übertragen werden könnte. In Bayern startete jüngst ein Volksbegehren mit dem ähnlichen Ziel eines Mietenstopps. Die InitiatorInnen möchten Bestandsmieten in 162 Kommunen für sechs Jahre einfrieren. Ein anderer Workshop würdigte den wichtigen Beitrag, den das Berliner Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. Enteignen“ für die politische Debatte leistet. Im Workshop über klimagerechtes Bauen wurde unter anderem über eine Zurückdrängung von Autoverkehr und Parkraum sowie die Umnutzung der dadurch freiwerdenden Flächen für den Bau erschwinglicher Wohnungen diskutiert. Einen Blick über den Tellerrand ermöglichte schließlich *Jaime Palomera*, Stadtforscher in Barcelona, der per Videoschaltung über spanische Wohnungskämpfe berichtete. Palomera schilderte die Selbstorganisation gegen die in Spanien sehr häufigen Zwangsräumungen sowie die Maßnahmen der Stadtregierung von Barcelona gegen den grassierenden Wohnungsmangel, darunter Zweckentfremdungsverbote gegen die Umwandlung in Ferienwohnungen.

Das Abschlusspodium diskutierte, welche Schritte für eine alternative Boden- und Wohnungspolitik ergriffen werden sollten. Dabei schälte sich bei allen PodiumsteilnehmerInnen die Neue Wohnungsgemeinnützigkeit (NWG) als ein zentraler Bezugspunkt heraus. Nach diesem Konzept würden öffentliche und genossenschaftliche Unternehmen, die sich zu dauerhaft günstigen Mieten und sozialen Belegungsrechten verpflichten, Steuervergünstigungen und privilegierten Zugang zu Förderungen und öffentlichen Grundstücken erhalten. *Jana Mattert* von Attac betonte den übergreifenden Charakter mit Anknüpfungspunkten auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. *Knut Unger* vom MieterInnenverein Witten pflichtete ihr bei. Die NWG biete den vielen Initiativen, die sich für bezahlbaren Wohnraum in öffentlicher Hand einsetzen, eine sinnvolle Klammer. Zudem befördere die Diskussion um die Enteignung von Wohnungskonzernen die Erkenntnis, dass durchgreifende Maßnahmen erforderlich seien. Konkrete Erfahrungen steuerte *Julian Zwicker* bei. Er arbeitet bei der AKS Gemeinwohl, einer Einrichtung des Be-

zirksamts Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, die gemeinwohlorientierte ImmobilienentwicklerInnen bei der Schaffung von Wohnraum berät. *Patrick Schreiner* von der ver.di Bundesverwaltung zeigte sich ebenfalls aufgeschlossen, wies aber auch darauf hin, dass die geltenden Beihilfe- und Defizitregeln der EU den Aufbau eines gemeinnützigen Wohnungssektors behindern könnten.

Parallel zum Abschlusspodium fand zugleich ein Vernetzungstreffen der hessischen Mieter*inneninitiativen statt. Ein zentraler Konsens aller Beteiligten war schließlich, dass es sowohl Analyse, als auch politische Vernetzung braucht.

Jakob Migenda

Lukács in China

Workshop des Frankfurter Instituts für Sozialforschung (IfS) und der Internationalen Georg-Lukács-Gesellschaft, Frankfurt/M.,
23. September 2019

Am 23. September fand im Frankfurter Institut für Sozialforschung (IfS) der Workshop „Die Rezeption kritischer Theorie im „Westen“ und in der VR China am Beispiel Georg Lukács und die geplanten chinesischen Lukács-Werkausgaben“ statt, eine von IfS und der Internationalen Georg-Lukács-Gesellschaft gemeinsam organisierte Tagung. Ziel des Workshops war es, die Ähnlichkeiten und vermutlich erheblichen Divergenzen der Lukács-Rezeption zu diskutieren, dabei die Chance wahrzunehmen, durch Informationsaustausch Vormeinungen zu prüfen und nicht zuletzt die hierzulande kaum bekannten umfangreichen chinesischen Editionspläne in Sachen Lukács kennenzulernen (die Beiträge des Workshops werden im nächsten Lukács-Jahrbuch 2019/20 publiziert).

Der Vormittag gehörte den Gästen aus Fernost. Zunächst berichtete *Pu Weng*, in Vertretung von Prof. Yan, von einem erstaunlichen Vorhaben: Yan Hongyan, Emeritus der Hunan Normal University, plant eine 28bändige Lukács-Werkausgabe. Diese würde sogar die bislang maßgebliche, bei Luchterhand und zuletzt bei Aisthesis erscheinende deutsche Werkausgabe in den Schatten stellen. Vierzig Mitarbeiter sollen beteiligt werden, um Lukács' Werk, das Yan zufolge „eine wichtige Rolle in der Kulturgeschichte der Menschheit“ spielt, angemessen in der Volksrepublik zu präsentieren. *Frau Wu* berichtete von den sprachlichen Herausforderungen, denen sie sich als Übersetzerin des ersten Bandes von Lukács' Spätwerk, der *Ontologie*, zu stellen hat. Es wurde bereits früher mehr als die Hälfte von Lukács' Œuvre übersetzt (so existieren bereits drei unterschiedliche Übersetzungen von *Geschichte und Klassenbewußtsein*), aber die Qualität der Übersetzungen soll deutlich gesteigert werden. Die große, für ein wissenschaftliches Publikum gedachte Edition soll im bedeutenden Volksverlag in Beijing erscheinen.

Gleichzeitig hat eine Forschergruppe des Instituts für marxistische Philosophie an der Universität Nanjing, das zu den renommiertesten Institutionen der Marxismusforschung in China zählt, ein eigenes großes Lukács-Projekt konzipiert.

Prof. Zhang Liang berichtete von Plänen, die bereits eine recht konkrete Gestalt angenommen haben. In Angriff genommen sind acht Bände, die den Werdegang von Lukács' Denken und Leben profiliert und facettenreich repräsentieren sollen. Besonderes Interesse gilt anders als früher dem philosophischen Werk des großen Ungarn, auch und gerade dem Frühwerk, in dem Lukács seine Version eines romantischen Antikapitalismus und eines messianisch-revolutionären Marxismus in bis heute faszinierender Weise zu artikulieren verstand.

In Nanjing ist man sich der Schwierigkeit der Aufgabe bewusst. Diesmal sollen die originalen deutschen Fassungen Grundlage der Übersetzungen sein und die englischen Versionen nur als Hilfsmittel zu Rate gezogen werden. An dem Projekt, den komplex-eigenwilligen Stil des Begründers des Westlichen Marxismus in die ganz andersartige sprachliche Welt Chinas zu übertragen, sollen sich Partneruniversitäten beteiligen, die Universitäten Fudan, Gungxi, Zhongshan sowie die Zentrale Parteihochschule der KP Chinas. Das ehrgeizige Ziel besteht darin, das Projekt 2025 erledigt zu haben.

Warum gerade jetzt das große Interesse an Lukács? *Quiankun Li* (Nanjing) zufolge ist Lukács in China längst kein Unbekannter mehr. Seit den 30er Jahren gab es Übersetzungen seiner Texte, zunächst vor allem der literaturkritischen Arbeiten des damals im Moskauer Exil lebenden Ungarn. Später kam die Bekanntschaft mit seinen ideologiekritischen Polemiken, etwa der Studie *Existenzialismus oder Marxismus*. Lukács war auch in der Volksrepublik umstritten, sein Meisterwerk *Geschichte und Klassenbewußtsein* wurde als revisionistisch oder gar antimarxistisch stigmatisiert; das Buch blieb der chinesischen Öffentlichkeit vorenthalten, weil es geeignet schien, wegen seines „Linksextremismus“ Verwirrung zu stiften.

Das änderte sich 1989. Nun wird das subversive Frühwerk übersetzt und diskutiert. In den universitären Lehrwerken über Westlichen Marxismus steht inzwischen Lukács im Mittelpunkt. *Li Qiankun* erklärt das Interesse an Lukács heute so: „Mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung haben die Chinesen jetzt wirklich die Verdinglichung zu erleben begonnen.“ Es ist notwendig, Lukács folgend, über die Beziehungen zwischen politischer Ökonomie und Philosophie heute nachzudenken, erklärte *Zhou Jiaxin* (Nanjing). Deshalb blicken chinesische Intellektuelle auch sehr genau auf die aktuellen Tendenzen der Lukács-Rezeption im Westen. Zhou Jiaxin setzte sich in seinem Beitrag „Dialektik und Kritik der politischen Ökonomie im Westlichen Marxismus“ besonders mit der Rezeption von Lukács' Totalitätsbegriff auseinander. Nach dem Kennenlernen und der positiven Rezeption des von Hegel und Marx inspirierten Begriffs erfolgte eine Phase der Kritik an Lukács' Begriffsverwendung, die an westliche Formen der Kritik erinnert; heute, in Zeiten des Neoliberalismus, wird der Totalitätsbegriff wiederentdeckt als Waffe gegen die „Post-Blabas“, so Zhou Jiaxins zuspitzende Formulierung. Leider konnte *Sun Jianyin* (Heilongjiang Universität), die über „Georg Lukács, György Markus und die Budapester Schule in China“ referieren sollte, nicht an der Tagung teilnehmen. Sie erhielt nicht rechtzeitig ein Visum.

Am Nachmittag wurden Tendenzen der westlichen Rezeption thematisiert. *Rüdiger Dannemann* (Essen) skizzierte die diskontinuierliche, ja abenteuerliche Wir-

kungsgeschichte von Lukács' Denken, die Konjunkturen (v.a. in den 20er Jahren und um 1968), die verfrühten Totsagungen (v. a. nach 1956 im Realsozialismus und dann nach 1989), die berühmt-berüchtigten Selbstkritiken und Brüche in einem „Gelebten Denken“, mit denen Lukács harsche Polemiken gerade seiner Freunde und Bewunderer provozierte (Adorno und Bloch sind nur die Bekanntesten), und die internationale Wiederentdeckung in unseren Tagen. *Dirk Braunstein* (Frankfurt) erinnerte mit Auszügen aus Protokollen der Seminare Adornos an dessen bei allem Respekt immer negativer werdende Sicht auf Lukács' Werk, die seine Studenten offenkundig recht kritiklos repetierten (gelegentlich stilgerecht imitierten). Sorgsam beschrieb danach *Konstantinos Kavoulakos* (Kreta) die anglophone Wirkungsgeschichte, in der Emigranten eine große Rolle spielten und die zunächst von der Systemauseinandersetzung, dann von der Revolte um 1968 geprägt wurde (die Arbeiten von Zitta, Watnick, Kolakowski unterscheiden sich entsprechend von späteren Studien von z.B. Arato, Jay und zahlreichen Artikeln, die in *Telos*, später auch in *New German Critique* und *Thesis Eleven* erscheinen). Agnes Heller und die anderen Mitglieder der Budapester Schule nahmen nach ihrer Emigration 1977 Einfluss auf eine eher positive anglophone Rezeption. Neben eher kritischen Arbeiten von Arato/Breines oder Martin Jay, die auf den Idealismus einer in ihren Augen metaphysischen Geschichtephilosophie abheben, machten die Studien von Löwy (1979) und Andrew Feenberg (1981) auf Lukács' Weg von einer eher romantischen Kapitalismuskritik zu einer für gegenwärtige Sozialphilosophie bedeutsamen Philosophie der Praxis aufmerksam. Nach zwei Jahrzehnten des mangelnden Interesses gibt es in den letzten Jahren eine Art Lukács-Renaissance mit Sammelbänden von M. Thompson und Bewes/Hall (beide 2011) und den Arbeiten jüngerer Autoren wie Kavoulakos, Westerman (beide 2018), deren Schwerpunkt wie bei Lopez (erscheint 2020) erneut das frühe Werk ist.

Daniel Göcht (Köln) skizzierte die Rezeption von Lukács' Spätästhetik, die trotz ihrer eindrucksvollen Systematik und der Bemühungen von Holz und Metzger weiterhin unverdient spärlich anmutet. Über die Präsenz von Lukács' Werk auf internationalen Konferenzen und die Beiträge einer neuen Lukács-Generation sprach *Frank Engster* (Berlin), der den definitiven Klassikerstatus des ungarischen Marxisten bestätigt sieht und sich zugleich eine „aktuelle Diskussion auf der Höhe des ‚Post-Marxismus‘“ und der Einsichten der Neuen Marx-Lektüre wünscht. Als letzter Referent stellte *Patrick Eiden-Offe* (Berlin) sein Projekt einer Lukács-Biographie vor. So spannend diese Arbeit zu werden verspricht, so schwierig gestaltet sich die Ausführung. Denn es gilt verborgene Schätze der Archive in Moskau und Budapest zu bergen, was ohne die Hilfe von sprachkundigen Mitarbeitern unmöglich ist.

Die chinesischen Gäste zeigten sich an dem Biographie-Projekt wie an den neuen „westlichen“ Entwicklungen in Sachen Lukács überaus interessiert, gerade da im anglophonen Raum die Aktualität der Verdinglichungskritik betont wird und unter den jüngeren Rezipienten der Streit über das Verhältnis des Klassikers zum „Postmarxismus“ erst begonnen hat. Spätestens 2023 soll der begonnene Dialog zwischen westlicher und hierzulande (trotz tausend Publikationen) praktisch unbekannter chinesischer Rezeption des „anderen Marxismus“ Lukács' (Engster) in

der Volksrepublik fortgeführt werden. Anlass ist das Zentenarium von *Geschichte und Klassenbewusstsein*. Dann wird sich zeigen, ob nach Lateinamerika auch aus Asien Impulse für eine neue Lukács-Lektüre ausgehen, die wie einige westliche Lukács-Forscher in den letzten Jahren die in die Jahre gekommenen Pfade der hierzulande dominierenden Interpretationslinien verlässt – in Richtung „einer zeitgenössischen Theorie der Demokratie“ (Kavoulakos). Vielleicht können dabei auch Fragen nach der Aktualität von Lukács' Parteitheorie im heutigen China oder dem Verhältnis zwischen Lukács' und Maos Marxismusverständnis vertieft erörtert werden. Es gab 1978 bis 1984 eine „Große Debatte über das Problem Humanismus und Entfremdung“. Bereits damals spielte laut *Quiankun* Lider Verdinglichungsbegriff „eine wichtige Rolle“. Diese Geschichte gilt es auf höherer Stufe fortzuschreiben bei anstehenden Versuchen, Problemen der „Emergenz einer neuen Warenwirtschaft“ (Li) theoretisch-praktisch zu begegnen

Rüdiger Dannemann

Lateinamerika und Die LINKE

Veranstaltung von SDS/Frankfurt, linksjugend [solid], CubaSi und MdB Achim Kessler, Frankfurt/M., 28. September 2019

Erklärtes Ziel der Veranstalter war die Stärkung der Solidarität der bundesdeutschen Linken mit progressiven Bewegungen und Regierungen in Lateinamerika, die heute unter massivem Druck von rechts stehen und mit inneren Krisen konfrontiert sind. Beabsichtigt war zugleich eine Selbstverständigung im Rahmen der Links-Partei, wo in der Frage der Lateinamerika-Solidarität unterschiedliche Tendenzen wirksam sind. Mit Beifall aufgenommen wurden die Begrüßungsworte des venezolanischen Generalkonsuls *Jimmy Chediak* aus Frankfurt/M. Um die Debatte in einen allgemeineren Rahmen zu stellen, sprach zuerst *Dr. Arnold Schölzel* (Berlin, Philosoph und Chefredakteur des „Rotfuchs“) über „Imperialismus heute“. Schölzel verwies eingangs auf die für den 6.-27. Oktober angekündigte „Amazonas-Synode“ im Vatikan. Die Vorbereitungsmaterialien¹ ließen eine massive Kritik an Ausbeutung und Umweltzerstörung in Lateinamerika erwarten, die man in der Tradition der Befreiungstheologie als Stimme der Armen sehen könne. Er empfahl der Linken, diese Synode aufmerksam zu verfolgen. Für ein Verständnis des heutigen Imperialismus seien gerade die methodischen Überlegungen Lenins bei der Ausarbeitung seiner Imperialismus-Theorie wichtig, die an das von Kautsky in der „Neuen Zeit“ 1903 veröffentlichte Methodenkapitel der Marxschen „Einleitung [zur Kritik der politischen Ökonomie]“ (MEW 13: 631ff.) anknüpften – Aufstieg vom Abstrakten zum Konkreten, begrifflich-theoretische Fassung statt rein empirischer Beschreibung. Dies wurde anhand der Leninschen Fassung des Imperialismus als monopolistischem Kapitalismus und seiner von ihm konstatierten Merkmale e-

¹ <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/publikation-amazonien-neue-wege-fuer-die-kirche.pdf>

xemplifiziert. Der enge Zeitrahmen erlaubte es allerdings nicht, auf die heutigen konkreten Veränderungen im Imperialismus (z.B. Aufstieg der Schwellenländer – China – und die neuen Herausforderungen für die alten imperialistischen Zentren, die sich daraus ergeben) im Einzelnen einzugehen. In zwei sich anschließenden Arbeitsgruppen wurden Eingangstatements von *Jörg Rückmann* (Berlin, Cuba Sí) und von *André Scheer* (Berlin, Journalist, „junge Welt“) diskutiert. Rückmann berichtete u.a. über die Verfassungsdebatte in Kuba und stellte die lange Tradition der Blockadepolitik der USA gegenüber Kuba dar. Er verwies darauf, dass in der UNO-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes von 1948 solche Blockaden explizit als Völkermord bezeichnet werden. In der Diskussion standen Fragen nach den Ursachen der Rechtsentwicklung in Lateinamerika seit 2015 und nach der Rolle der Bundesrepublik im Mittelpunkt. In der anderen AG beleuchtete *André Scheer* die bundesrepublikanische Berichterstattung zu Lateinamerika. Hierzulande gehörten die starke Medienkonzentration und die Abhängigkeit der Medien von Agenturberichten zu den Ursachen einer oftmals unisono verzerrten Darstellung der politischen Prozesse in Lateinamerika. Hier sei linke Medienkritik unabdingbar. Die Presselandschaft in Lateinamerika sei stark monopolisiert, so dass sich – so jüngst eine Studie der Friedrich Ebert-Stiftung – der Staat vor der Macht der Medien in Acht nehmen müsse. Das gelte gerade auch für Länder mit linken Regierungen.

Wie soll die Linke internationale Solidarität üben? Das erörterten die drei Bundestagsabgeordneten der LINKEN *Stefan Liebich* (Berlin, außenpolitischer Sprecher), *Heike Hänsel* (Tübingen, Sprecherin des Arbeitskreises Außenpolitik) und *Dr. Achim Kessler* (Frankfurt/M., gesundheitsökonomischer Sprecher), alle drei mit Lateinamerika-Erfahrungen, über die sie auch eingangs berichteten. Liebich bestand auf Akzeptanz des Parteipluralismus zu Lateinamerika. Solidarität sei auch Kritik an Fehlern linker Regierungen und situationsunabhängiger Beistand für alle Unterdrückten. Er begründete das mit dem Positionswechsel von Ortega in Nicaragua. Seine Kritik an der „Lula“-Regierung blieb allerdings unkonkret, ebenso seine Lehren daraus fürs Regieren in der BRD Als Fraktionssprecher brauche er für schnelles Reagieren Teilautonomie von der Partei. *Hänsel* nannte Erfolge von Linksregierungen als Impulse für die deutsche Linke, wie das brasilianische „Bürgerhaushalt“-Konzept. Die westliche Linke müsse vor allem imperialistische Aggressionen benennen und bekämpfen – das schaffe Fortschrittsspielräume in linksregierten Ländern. Durch kontinuierliche Solidaritätspraxis könne die Partei im Notfall schneller reagieren. *Kessler* lobte Kubas Gesundheitssystem als antikapitalistische Alternative. Internationalismus heiße Widerstand gegen Freihandelsabkommen, um Rohstoff- und Kapitalabfluss zu bremsen. Statt vor heiklen Themen auszuweichen, müsse man von links die Leitmedien kritisieren. Das Parlament halte Abgeordnete oft von Politik ab; hier müsse die Partei durch Positionen Richtungshilfe geben. Für *Jörg Rückmann* von Cuba Sí gehören Kritik, Analyse und Solidarität zusammen. Eine Genossin der Links-Partei verurteilte „den Sarkasmus entfremdeter Abgeordneter“ bei innerparteilichem Kleinklein, während der Imperialismus Menschen töte. Ein Genosse fragte, warum die Fraktion nicht so stark protestiere wie 2009 bei Kundus

–wegen hohen Geldstrafen, weniger Bereitschaft oder der AfD? Insgesamt gab es eine lebhaftige Diskussion. *Kessler* bilanzierte, dass die Bundestagsabgeordneten nicht die gesamte Partei seien; diese müsse Positionen bestimmen und die Abgeordneten darauf verpflichten, aber auch deren Sachverstand nutzen.

André Leisewitz/Milan Nowak

Demokratie wagen! Bundesweiter Ratschlag

Ein erster Ansatz, aktuelle demokratische Bewegungen zusammenzuführen, Frankfurt a.M., 5. Oktober 2019

Der „Bundesarbeitsausschuss der Initiativen gegen die Berufsverbote und für die Verteidigung der demokratischen Rechte“ hatte zu dieser Veranstaltung Vertreter*innen der Fridays for Future, der Seebrücke, der Humanistischen Union und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist*innen eingeladen. *Klaus Stein*, Betroffener aus Köln, gab als Mitglied des Bundesarbeitsausschusses eine kurze Einführung. Er beschrieb den Fall der Lehrerin Dorothea Vogt aus Jever, deren Berufsverbot 1995 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte aufgehoben worden war und sprach über die tausendfachen Berufsverbote wegen „Systemnähe“ in der ehemaligen DDR nach 1990. Ferner verwies Stein auf das neu erschienene Buch „Wer ist denn hier der Verfassungsfeind!“, das von der Heinz-Jung-Stiftung herausgegeben wurde.

Das Hauptreferat hielt *Dr. Rolf Gössner* aus Bremen – Jurist, Publizist sowie Kuratoriumsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte. Sein Thema war: „Berufsverbote-Politik der 1970iger/80iger Jahre und kein Ende – ein dunkles, nicht aufgearbeitetes Kapitel bundesdeutscher Geschichte.“ Gössner sprach u.a. über die Vorgeschichte der Berufsverbote. Er schilderte, wie schon kurz nach Kriegsende Tausende ehemalige Nazis wieder in Amt und Würden gekommen seien und wieder Richter, Staatsanwälte, Professoren, Lehrer, Polizeibeamte hätten werden konnten. Und er zeigte auf, wie dann in der Adenauer-Republik – schon kurz nach Ende der Naziherrschaft – das tief verwurzelte, aus der Weimarer Republik und dem Dritten Reich stammende Feindbild des Antikommunismus zur erneuten Verfolgung der tatsächlichen oder angeblichen Kommunist*innen und ihres Umfeldes geführt habe – mit dem Höhepunkt des KPD-Verbots im Jahr 1956. 1971 habe es erste Berufsverbote gegen DKP-Mitglieder in Hamburg gegeben. Danach, am 28. Januar 1972, hätten die Ministerpräsidenten der Länder unter Vorsitz von Bundeskanzler Willy Brandt den sog. „Radikalerlass“ beschlossen: Viele Tausend junge Linke seien vom „Verfassungsschutz“ überprüft, Hunderte Berufsverbote verhängt worden. Der Einigungsvertrag von 1990 habe zur Regelanfrage und zum Berufsverbot gegen unzählige DDR-Bürger geführt. In mehreren Bundesländern seien Fragebögen eingeführt worden. 2002 seien die Anti-Terror-Gesetze beschlossen worden, neue Gesetze hätten die Kompetenzen von Polizei und Verfassungsschutz erweitert. Die Berufsverbote, ein Verstoß gegen Grundrechte, hätten das politi-

sche Klima vergiftet und bei vielen zu Angst sowie Einschüchterung und letztendlich zu massiver Beschädigung der Demokratie geführt. Zu fordern sei eine offizielle Aufarbeitung und materielle Entschädigung der Betroffenen.

In vier „Fishbowl“-Diskussionsrunden (à 30 Minuten Dauer) wurde Einzelaspekte demokratischer Bewegungen diskutiert. (Die Runde „Demokratie darf nicht am Betriebstor enden“ mit *Andrea Kocsis* [ver.di-Bundesvorstand] fiel wegen Erkrankung der Referentin leider aus.) *Franz-Josef Hanke*, Marburg, von der Humanistischen Union stellte die neuen Polizei- und Verfassungsschutzgesetze vor – neue Instrumente der geplanten Überwachung der oppositionellen Bewegungen und der gesamten Bevölkerung. Er forderte u.a. die Auflösung des Verfassungsschutzes, da dieser demokratisch nicht kontrollierbar sei. *Ulli Sander* (VVN-BdA) setzte sich mit der Frage „Wohin führt die Rechtsentwicklung?“ auseinander. Zunächst ging er darauf ein, woher diese denn komme. Als Stationen nannte er u.a. mangelnde Aufarbeitung der Nazizeit, eine schleichende Militarisierung, die Nicht-Durchsetzung eines NPD-Verbotes, die Verschärfung von Polizeigesetzen bis hin zu den Wahlerfolgen der AfD. Als Ansätze und Möglichkeiten einer dringenden notwendigen Gegenwehr listete er acht Punkte auf. Diese umfassen im Kern sowohl individuelles Handeln, z.B. gegen die Verbreitung von Angst, als auch die Bildung breiter Bündnisse von Demokratie- und Friedensbewegungen in enger Kooperation mit Gewerkschaften und Sozialverbänden. *Matthias Maier* von der „Seebrücke“ hatte das Thema: „Seenotrettung ist kein Verbrechen!“. Er stellte anhand von Vergleichen dar, wie die EU und ihre Mitgliedsländer ihre frühere Haltung gegenüber Geflüchteten geändert hätten. Heute seien sie v.a. daran interessiert, die Außengrenzen Europas zu sichern, von der Flucht nach Europa abzuschrecken und dafür mittlerweile tausende Geflüchtete im Mittelmeer ertrinken zu lassen. Die letzte Fishbowl-Runde bestritten *Azuka Kähler* und zwei Mitstreiter*innen von der „Fridaysfor Future“-Bewegung. Als beeindruckend wurde die Souveränität und Klarheit ihrer Argumentation wahrgenommen. Sie erklärten, dass ihre Bewegung zwar in den wichtigsten Zielen einig sei. Vielen sei aber nicht klar, dass ohne eine Änderung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems die Umwelt nicht nachhaltig zu retten sein werde.

Mehrfach wurde Freude darüber ausgedrückt, dass endlich wieder massenhaft junge Menschen aktiv geworden seien und Verantwortung für ihre Zukunft übernehmen – bei zunehmender Mitwirkung von Erwachsenen, v.a. Eltern und Lehrer*innen. Als Gefahren für die „Fridays“ wurden Gegner*innen wie die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) diskutiert, die versuchten, die Bewegung zu umarmen, zu spalten und zu lähmen – oder, wie der „Kabarettist“ Nühr im Ersten, sich über sie lustig zu machen und sie dem Gespött auszusetzen.

Ein Fazit wurde vom Arbeitsausschusses der Initiative so gezogen: Der Ratschlag sollte als erster Schritt demokratische Bewegungen zusammenführen und auf eine Zusammenarbeit für eine lebenswerte Zukunft vorbereiten. Ob das zufriedenstellend gelungen ist, wird zu diskutieren sein. Jedenfalls sollen weitere Schritte in die gleiche Richtung folgen.

Klaus Lipps

Aufstieg Chinas und Krise des neoliberalen Kapitalismus

isw-China-Konferenz: Der Aufstieg Chinas und die Krise des neoliberalen Kapitalismus, München, 11. bis 12. Oktober 2019

Unter dem o.g. Titel hatte das isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung – für den 11./12. Oktober zu einer wissenschaftlichen Konferenz nach München eingeladen. Vor dem Hintergrund des 70. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik China und einer Zuspitzung des Handelskrieges zwischen den USA und China beleuchteten zahlreiche Referenten vor 150 Teilnehmern die historischen und wirtschaftlichen Meilensteine des seit sieben Dekaden anhaltenden Aufstiegs Chinas. In Summe vermittelten die Referenten einen Überblick über die Aufbauphase einer modernen Gesellschaftsformation mit sozialistischen Charaktereigenschaften, die sich im Spannungsfeld der Besonderheiten eines Vielvölkerstaates, als ehemalige besetzte Kolonie, als ein verarmtes großes Land mit bäuerlichen Strukturen, zu einer global führenden Industrienation entwickelte. Die vielfältigen zu überwindenden politischen und wirtschaftlichen Hürden erforderten für China den Aufbau von Ländergrenzen überschreitenden Produktions- und Geschäftsbeziehungen. Diese sind inzwischen zu einer wachsenden Normalität für den sich weiter intensivierenden Weltmarkt geworden.

Walter Baier vom Netzwerk transform! verwies vor dem Hintergrund einer sich vollziehenden Polarisierung der Menschheit auf einen unabdingbaren Dialog, vor allem mit China, um eine Anerkennung unterschiedlicher Sichtweisen und Standpunkte in der gegenwärtigen weltpolitischen Gabelung zwischen autoritärem Nationalismus und der Herausbildung einer kosmopolitischen Orientierung im Interesse der übergroßen Mehrheit der Menschen zu ermöglichen.

Werner Rügemer, Publizist und China-Experte, skizzierte in seinem Beitrag einen erkennbaren neuen Systemkonflikt zwischen der aufstrebenden Wirtschaftsmacht China und dem US-geführten Westen, der sich aufgrund seiner ökonomischen, politischen und moralischen Krisen zu ganz unterschiedlichen Neuausrichtungen im Umgang mit China veranlasst sehe. *Professor Ding Xiaoguin* von der Universität Shanghai legte die chinesische Entwicklung, eine kriegsfreie Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaftsformation bei gleichzeitiger Nutzung marktwirtschaftlicher Akkumulations- und Verwertungszwängen, dar. Sie erfülle aus seiner wissenschaftlichen Sichtweise nicht den Tatbestand von Staatskapitalismus. Der springende Punkt sei für ihn die Eigentumsfrage, also wem der Staat gehöre, wem gegenüber der Staat seine führende Rolle in der Steuerung der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsentwicklung wahrnehme. *Yang Hutao* von der Chinese Academy of Social Sciences Shanghai widmete sich in seinen Ausführungen der Darstellung des chinesischen Modells aus der Perspektive staatlicher Handlungsfähigkeit. Er verwies dabei auf die vielfältigen wissenschaftlichen Studien der Akademie über Länder und Regionen in Ostasien, Lateinamerika und Afrika. Demnach, so die wissenschaftliche Erkenntnis, sei ein schwacher Staat kaum ein Garant für sozialen Fortschritt und

Entwicklung. Dieser Erkenntnis folgend stellte Yang Hutaο den Charakter der staatlichen Handlungsfähigkeit im chinesischen Entwicklungsprozess dar.

Prof. Hu Leming, ebenfalls von der Chinese Academy of Social Sciences Shanghai, nahm Bezug auf den im Jahre 1978 in China begonnenen Transformationsprozess von einer klassischen sozialistischen Planwirtschaft hin zu einer sozialistischen Marktwirtschaft. Im Vergleich mit anderen ehemaligen sozialistischen Staaten seien für ihn die Erfolge in den seit 1978 erfolgten 40 Jahren chinesischer Wirtschaftstransformation in ihrer klaren und stabilen Richtung zu sehen. Seit Beginn der „Reform und Öffnung“ habe Chinas Politik eine marktorientierte sozialistische Reformrichtung praktiziert, deren Zielsetzungen sich, trotz vieler theoretischer und praktischer Herausforderungen, nie grundlegend geändert hätten. Zurückgegriffen werden konnte dabei auf tiefgehende Erfahrungen und Überarbeitungen der Nachteile eines traditionell geplanten Wirtschaftssystems einerseits, und der Anerkennung der Existenz der ersten Stufe des Sozialismus chinesischer Prägung andererseits. Die Transformation und Entwicklung der chinesischen Wirtschaft gebe nicht nur konsequente Handlungsrichtlinien auf praktischer Ebene vor, sondern fördere auch die Entwicklung eines stabilen und flexiblen gesellschaftlichen Mainstream-Bewusstseins. So sei es möglich gewesen, unter den Menschen kontinuierlich eine weitreichende Anerkennung für erwartbare (Mehr-)erträge aus Transformation und Entwicklung zu erbringen. *Wolfgang Müller*, China-Experte und gewerkschaftlich orientierter Publizist, erläuterte, dass aus seiner Sicht nicht die Landwirtschafts- und Konsumgüter das Kampffeld seien, sondern die Zukunftstechnologien. Die schwindende bis bereits verloren gegangene „Pace Maker“-Rolle der USA in der Entwicklung von innovativen Technologien und der Festlegung von High Tech-Standards veranlassten die USA, vor allem Chips (Konflikt um Huawei, ZTE) als Hebel im Wirtschaftskrieg einzusetzen. Die USA nutzten dabei eine (Noch-)Schwachstelle der chinesischen Wirtschaft aus, die auf diesem Gebiet einen Nachholbedarf in der Technologie-Entwicklung hätte. China gebe mehr Geld aus für den Import von Halbleitern als für die Einfuhr von Erdöl. Mit dem Ansatz des De-Coupling versuche die US-Administration, die in den letzten 30 Jahren entstandenen globalen Lieferketten, mit China im Zentrum, in regionalisierte Lieferketten zu zerlegen. Die Europäischen Mächte, vor allem Deutschland, sehen seiner Einschätzung nach in China ebenfalls einen systemischen Rivalen. Dabei seien die Herausforderungen in Chinas Industriepolitik „Made in China 2025“ und seiner künftigen Vormachtstellung bei Schlüsselindustrien, wie z.B. Automotive, elementare Komponenten in der Elektromobilität und Mobilfunktechnologie, zu sehen. Bei Zukunftstechnologien seien sowohl die USA als auch China den Europäern vorausgeeilt. Für Deutschland sei aber ein De-Coupling von China keine strategische Alternative. Deutschlands Intention sei im Umgang mit China eher auf eine intensivere wirtschaftliche Verflechtung gerichtet.

Der Politikwissenschaftler *Ingar Solty*, Referent bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, bezog sich in seinem Beitrag auf ein in 2011 entstandenes Kollektivpapier mit Zukunftsszenarien, das auf dem Höhepunkt der globalen Finanzkrise

vom Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlicht wurde. Er skizzierte, welche Szenarien vor dem Hintergrund der globalen, regionalen, nationalen und lokalen Konstellationen möglich seien, um in dieser geschichtsoffenen Situation politisch, in sozialer und emanzipatorischer Richtung, besser intervenieren zu können. Dabei wurden vier mögliche Szenarien angenommen: 1. ein verschärfter autoritärer Neoliberalismus, 2. das Projekt der „Neuen Rechten“, 3. ein grüner Kapitalismus und 4. ein (Social) Green New Deal.

Die Referate der Konferenz werden Mitte Dezember 2019 als isw-Report 119 veröffentlicht (sh. www.isw-muenchen.de/reporte/).

Willy Sabautzki

Kapitalismus: regulieren oder abschaffen?

Regulation des Kapitalismus im Umbruch: Den Tiger reiten!
 Perspektiven kritischer Politischer Ökonomie und Alternativer
 Wirtschaftspolitik, Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin, 18. bis 19.
 Oktober 2019

Die gut besuchte Tagung wurde neben der RLS von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik („Memo-Gruppe“), dem wissenschaftlichen Beirat von Attac und dem Netzwerk Plurale Ökonomik mitveranstaltet. Die Thematik wurde in drei Blöcken diskutiert. Am Beginn standen drei Referate, die sich mit „Geoökonomischen Umbrüchen und Hegemoniekämpfen“ befassten. Angesichts der Themenstellung hätte man erwartet, dass es um Möglichkeiten zur (globalen) Regulierung der sich abzeichnenden internationalen Konflikte gehen würde, also um die Frage des Multilateralismus. Stattdessen wurde in drei außerordentlich kenntnisreichen Beiträgen die aktuelle Situation geschildert, die als zunehmende Blockbildung um China einerseits und die USA andererseits charakterisiert wurde. Das ist, wie im Schwerpunkt „Hegemonieverschiebungen in der Weltwirtschaft“ in Z 118 (Juni 2019) diskutiert, nicht ganz unumstritten. Interessant war die differenzierte Analyse der Rolle der EU, die zwar geoökonomisch noch an die USA angebunden sei, aber doch zunehmend eine eigenständige Rolle spiele, so dass *Hans-Jürgen Bieling* von der Uni Tübingen von einer „neuen Triade-Konkurrenz“ sprach. In der anschließenden Diskussion spielten die mit den neuen Konfrontationen verbundenen globalen Gefahren eine große Rolle, Aspekte der Regulierung dieser neuen Konflikte, etwa eine mögliche Stärkung der UN, wurden nicht angesprochen.

Der zweite Vortrags- und Diskussionsblock befasste sich mit einigen zentralen Elementen der „Regulierung“, d.h. bestimmten Instrumenten der Wirtschaftspolitik: dem aktuellen Stand der Bankenregulierung, den veränderten Strukturen des deutschen Produktionssystems (Auflösung des „Modell Deutschland“) und den Spielräumen antizyklischer Fiskalpolitik in Zeiten von Schuldenbremse und EU-Stabilitätspakt. In der Diskussion ging es u.a. um die Frage, ob die Renaissance kapitalistischer Industriepolitik einen Ansatz für linke Al-

ternativen im Sinne des Veranstaltungstitels bieten könnte. Auch wurde darauf verwiesen, dass die Vorschriften der deutschen Schuldenbremse und des EU-Stabilitätspaktes doch stark politisch gesetzt seien: Bei entsprechenden politischen Kräfteverhältnissen würden die rechtlichen Rahmenbedingungen eine aktive Fiskalpolitik letztlich nicht verhindern.

Im dritten Block „Politik“ wurden nationalstaatliche politische Eingriffsmöglichkeiten besprochen, wobei es anhand von Fallbeispielen jeweils um die Bundesebene, die Landesebene und die Kommunen ging. Auf der kommunalen Ebene standen Fälle aus den Stadtstaaten Hamburg und Berlin im Mittelpunkt, die auf dem Feld der kommunalen Wirtschaftspolitik jedoch eher Ausnahmen darstellen.

Hervorzuheben ist der Abendvortrag („Luxemburg Lecture“) von *Birgit Mahnkopf*, der die Verleihung des Jörg Huffschmid-Preises an zwei akademische Wissenschaftler einleitete. Mahnkopf lieferte den Kontrapunkt zur Grundthese der Konferenz. Ihrer Ansicht nach seien die ökologischen, ökonomischen und sozialen „Kipp-Punkte“ des Systems heute in Sichtweite, sodass nur ein rasches Ende des Kapitalismus – eines Systems, das strukturell gezwungen sei, den Ressourcenverbrauch immer weiter zu steigern – eine Perspektive habe. Für eine Regulierung bliebe keine Zeit mehr. Leider spielte der Vortrag im Kontext der Konferenz keine Rolle: Ihre radikale, auf Abschaffung des kapitalistischen Systems hinauslaufende Kritik (sogar das „R“-Wort fiel) stand so unvermittelt Debatten gegenüber, die sich um technische Details von Wirtschafts- und Finanzpolitik drehten.

Insgesamt profitierten die Teilnehmer von den vielen außerordentlich qualifizierten und zudem in verständlicher Sprache formulierten Vorträgen, die sich auf einzelne Instrumente einer sozialen Regulierungspolitik im Kapitalismus bezogen. Grundfragen kapitalistischer Regulierung, wie diese im Sinne einer sozialökologischen Transformation (oder, bei Mahnkopf, Revolution) eingesetzt werden könnten und (vor allem) wer solche Konzepte gegen Kapitalinteressen durchsetzen sollte, wurden kaum angesprochen. Ob man den Tiger reiten kann und wie das zu bewerkstelligen wäre: Das konnten die Beiträge und Diskussionen der Tagung nicht klären. Immerhin wurden Teile des Zaumzeugs und technische Mittel einer möglichen Zähmung vorgeführt.

Jörg Goldberg